

Medienmitteilung

Liestal, 23.07.2018

Die BDP beobachtet die Entwicklungen um die Wirtschaftskammer Baselland mit Sorge

Für die Bürgerlich Demokratische Partei Basel-Landschaft ist ein starker und glaubwürdiger Wirtschaftsverband für die nachhaltige Entwicklung der regionalen Wirtschaft von grösster Wichtigkeit. Die fundierten journalistischen Recherchen und Enthüllungen rund um die Wirtschaftskammer Basellandschaft zeigen auf, wie ein vergiftetes, blockiertes Wirtschaftsumfeld im ganzen Kanton entstand. Mit der Diffamierung eines fünf-köpfigen Richterorgans und dem persönlichen Angriff auf eine Richterin durch die Wirtschaftskammer Baselland wurde die Grenze des politischen Anstandes überschritten.

Die negativen Schlagzeilen rund um die Wirtschaftskammer Baselland reissen nicht ab. So soll die Regierung Baselland eine Strafanzeige des KIGA gegen die Wirtschaftskammer nicht nur zurückgehalten, sondern die Direktion der Wirtschaftskammer vorgängig über diese Strafanzeige informiert haben. Die Regierung muss sich damit den Vorwurf der Begünstigung gefallen lassen. Nach wie vor gilt jedoch die Unschuldsvermutung.

Ein weiterer unhaltbarer Zustand ist, dass ein zur Wirtschaftskammer gehörender steuerbefreiter Verein, die AMKB (Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe), welcher im Auftrag des Kantons für die Unternehmenskontrolle im Kanton Baselland zuständig ist, erwiesenermassen 35% Gewinn mit Steuergeldern erwirtschaften darf. Solche Gewinnquoten sind nicht mal in der Privatwirtschaft realistisch. Auch sollen öffentlich zugängliche Unterlagen die zweckfremde Verrechnung von CHF 600'000.- an den Kanton belegen. Diesbezüglich nimmt die Regierung trotz Kenntnis der Sachlage keine Stellung.

Der Tropfen, welches das Fass endgültig zum Überlaufen bringt, ist der Entscheid des Kantonsgerichts vom Mittwoch, 18.07.2018. Das Verdikt des obersten Kantonsgerichts ist einstimmig und eindeutig: Die Bau- und Umweltschutzdirektion habe die Abwicklung von Standardgesuchen im Rahmen des Energiepakets mit willkürlicher Festsetzung der Zuschlagskriterien der IWF AG, einer Tochter der Wirtschaftskammer, zugehalten. Damit wird der Regierung erneut mit dem Vorwurf der Begünstigung belastet. Auch hier gilt die Unschuldsvermutung. Der darauf erfolgte Angriff der Wirtschaftskammer auf das Richterorgan ist unangebracht und wenig verständlich.

Die BDP Basel-Landschaft fordert die Regierung Basel-Landschaft und die Wirtschaftskammer Baselland zur vollständigen Transparenz auf, um die Aufklärung der massiven Vorwürfe zu entkräften und den Zustand eines funktionierenden Wirtschaftsumfeldes wiederherzustellen. Können die Vorwürfe nicht entkräftet werden, braucht es personelle Konsequenzen, aber keine Bauernopfer!

Die BDP Basel-Landschaft fordert die Regierung und Wirtschaftskammer auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und ihre Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Dies ist keine Frage der politischen Ausrichtung „links/rechts“, sondern eine Frage der Integrität!

Bürgerliche Grüsse
BDP Basel-Landschaft

Marc Bürgi
Kantonalpräsident

Marie-Therese Müller
Delegierte des Landrates

079 750 67 62
marc.buergi@bdp-bl.ch

079 380 45 43
marie-therese.mueller@bdp-bl.ch